

Bis zur großen Koalition 1966

Bei der Bundestagswahl 1961 trat Brandt erstmals als Kanzlerkandidat der SPD an. Er wurde häufig mit dem jugendlich wirkenden charismatischen John F. Kennedy verglichen.



Willy Brandt bei Kennedy März 1961



Willy Brandt 1965



Mit Mandoline



Wahlkämpfer

Während des Wahlkampfes waren Angriffe von Adenauer und Franz Josef Strauß, die seine Zeit im Exil und seine uneheliche Geburt betrafen, Gegenstand von Pöbeleien. Die SPD legte bei der Wahl 4,4 Prozentpunkte auf 36,2 Prozent der Wählerstimmen deutlich zu. Zur Regierungsübernahme kam es aber nicht, obwohl eine Koalition mit der FDP rechnerisch möglich gewesen wäre. Die absolute Mehrheit der CDU war jedoch gebrochen, sie verlor 4,8 Prozentpunkte.

1964 übernahm Brandt als Nachfolger des verstorbenen Erich Ollenhauer den Bundesvorsitz der SPD, den er bis 1987 innehatte.



Bundestagswahl 1965



Bundestagswahl 1969



Willy Brandt mit Egon Bahr 1969



Wahlkampf 1958

Bei der Bundestagswahl 1965 unterlag er Bundeskanzler Ludwig Erhard, woraufhin er sich enttäuscht vorübergehend von der Bundespolitik zurückzog und eine weitere Kanzlerkandidatur zunächst ausschloss. Hierbei spielten bestimmt die schon erwähnten Angriffe unter der Gürtellinie besonders von der Rechten eine entscheidende Rolle.

Besonders verbitterte ihn, dass er aufgrund seiner Vergangenheit diffamiert wurde, während frühere Nazis wieder unbehelligt in Amt und Würden kamen. Immer wieder griff die konservative Presse Brandts Vergangenheit auf und diffamierte ihn.

1965 erklärte er Vertrauten gegenüber: „Dieser Wahlkampf hat Wunden hinterlassen.“



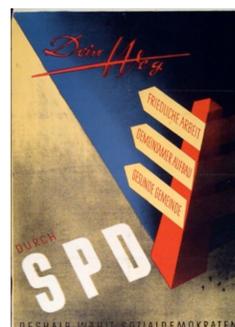
Kundgebung in Frankfurt 1958



Wahl 1957



Nie wieder Krieg 1953 - 55



Nach Erhards Rücktritt 1966 wurde Kurt Georg Kiesinger (CDU) zum Bundeskanzler gewählt. Eine Große Koalition mit der SPD war die Folge. Willy Brandt legte sein Berliner Amt nieder und wurde als Außenminister Stellvertreter des Bundeskanzlers.

kurzinformation Nr. 29

Die Wahrheit über Aufschwung, Stabilität, Aufwertung

1965/66: „Eine lange schwelende Krise“ (der Bundeskanzler in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966).

Ergebnis: Steigende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Einkommen und Produktion stagnieren, 3930 Konkurse.

Professor Schiller und die SPD übernehmen die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik:

Ergebnis: Vollbeschäftigung, kräftiges Wirtschaftswachstum, keine Absatzsorgen, steigende Einkommen, stabile Preise.

Das haben wir erreicht. So muss es bleiben.

Als die steigenden Preise im Ausland unsere Währung bedrohten, wollten Professor Schiller und die SPD die Kaufkraft der Deutschen Mark durch Aufwertung sichern. Bei anhaltenden Preissteigerungen auf dem Weltmarkt gibt es nur die Alternative: Aufwerten oder entwertet werden.

Wir sind in der glücklichen Lage, unsere Deutsche Mark aufwerten zu können, weil ihre Kaufkraft in den letzten zwei Jahren keine Einbußen erlitten hat.

Darum wollen wir für die Deutsche Mark einen ehrlichen Wechselkurs.

Wer gegen die Aufwertung ist, nimmt die Entwertung in Kauf. Die SPD und ihr Wirtschaftsminister wollen die Aufwertung, weil sie vor allem Stabilität der Preise und Sicherheit der Sparguthaben wollen.

Kiesinger, Strauß und ihre Gefolgsleute lehnen die Aufwertung ab, hören nicht auf den Rat der Wissenschaftler und begeben sich damit auf den Kurs der zusammengesbrochenen Regierung Erhard/Mende.

Die SPD und die mündigen Bürger unseres Landes werden das nicht zulassen. Sie halten die Stabilitätsfront.

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Willy Brandt
Herbert Wehner
Walter Scheel
Hans-Joachim Lauth
Di. Alex Mölzer

SPD

Herausgeber: Vorstand der SPD, Bonn – Druck: Vorwärts-Druck, Bad Godesberg, Kölner Straße 108-112